

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

terschiedlicher Lebensentwürfe sich wohlfühlen, weil Menschen mit unterschiedlichen Hautfarben und unterschiedlichen Religionen sich hier wohlfühlen können. Das ist ein hohes Gut, eine hohe Qualität für eine Stadt, die auch Einwanderungsstadt sein will und in Zukunft auch sein muss. Wir sind auf Zuwanderung angewiesen. Das funktioniert aber nur, wenn wir nicht zulassen, dass wir Gated Communities auf der einen Seite und No-go-Areas auf der anderen Seite haben. Wir müssen es erreichen, ein gesellschaftliches Klima zu haben, bei dem keiner diskriminiert wird, nur weil er anders als eine vermeintliche Mehrheit in dieser Gesellschaft ist.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen –
Zuruf von Michael Schäfer (Grüne)]

Deshalb ist es wichtig, einen breiten demokratischen Konsens gegen Diskriminierung, gegen das Treiben der Neonazis zu haben, das es tagtäglich in dieser Stadt gibt. Deshalb sind wir für den Verbandsantrag gegen die NPD, weil es unerträglich ist, wenn sie mit dem Parteienprivileg Rechte in Anspruch nimmt und mit Steuergeldern noch die antidemokratische Arbeit finanzieren zu lassen. Deshalb sind wir für ein NPD-Verbot.

Ich bin auch dankbar, dass es am Samstag zu einer wunderbaren, schön friedlichen Protestaktion gegen Diskriminierung gekommen ist. Küssende Menschen vor einer geschlossenen Eisdielen – mir wäre lieber gewesen, dass die Eisdielen offen gewesen wäre, aber offen für alle Menschen in dieser Stadt. Darum geht es. Diese Zivilgesellschaft müssen und werden wir unterstützen, damit Berlin eine lebenswerte Stadt bleibt, die sich international zeigen kann, mit einem Klima der Offenheit und Liberalität. Dafür steht dieser rot-rote Senat, ich weiß, die Grünen auch, meine sehr verehrte Frau Eichstädt-Bohlig. Andere in diesem Haus vielleicht nicht, aber die wollen wir noch überzeugen, dass das so ist. Gemeinsam müssen wir das schaffen. Das ist unser aller Auftrag. – Schönen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aktuelle Stunde hat damit ihr Ende gefunden.

Ich rufe auf

Ifd. Nr. 4 a:

Antrag

Frauen auch in Berlin in Führungspositionen

Antrag der Grünen Drs 16/2384

Das ist die Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter dem Tagesordnungspunkt 35. Hierzu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion der FDP. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Das Wort für die Fraktion der Grünen hat die Kollegin Kofbinger.

Anja Kofbinger (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns jetzt mit der Missbilligung der Regierung. Ich fand es auch bemerkenswert, dass Herr Wowereit es geschafft hat, 20 Minuten zu reden, ohne die Frauenpolitik grundsätzlich zu erwähnen.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist eine tolle Leistung, Respekt! – Sie dürfen ruhig sitzen bleiben! Ich erzähle jetzt etwas zur Frauenpolitik, und da kommen Sie wahrscheinlich auch vor.

Der Grund dieser Missbilligung sind die permanenten Verstöße gegen das Landesgleichstellungsgesetz, das Berliner Betriebs-Gesetz und die Berliner Verfassung, hier im Besonderen die eindeutig rechtswidrige Besetzung der Vorstände „nach Gutdünken“, wie es so schön heißt. Nachdem wiederholt von Senatsseite behauptet wurde, dass das Verhalten auch noch rechtskonform sei, prüft jetzt – glücklicherweise – Frau von der Aue, die Justizsenatorin, die Vorgänge. Damit sind wir sehr einverstanden.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Ich sage Ihnen: Sie werden zu keinem anderen Ergebnis als alle Sachverständigen kommen, die von allen Parteien befragt wurden. Es ist rechtswidrig, es missachtet die Gesetze, und es missachtet uns alle als Gesetzgeber und Gesetzgeberinnen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Die Schuld an diesen Vorgängen trifft nicht einen Einzelnen, sondern den gesamten Senat, der geflissentlich weggeguckt hat, wohlwollend abgenickt hat, und das ist der Skandal.

[Beifall bei den Grünen]

Wir haben mit dem zuständigen Senator Wolf bereits mehrfach im Ausschuss geredet, ihn befragt, wie es sein kann, dass die Vorstände in den landeseigenen Betrieben nicht geschlechterparitätisch besetzt sind, und dies, obwohl die Rechtslage das nicht zulässt, das LGG, das Betriebs-Gesetz wie auch die Berliner Verfassung. Es gibt da nicht mehr Gesetze zu schreiben. Es steht eindeutig darin: Vorstände müssen im gleichen Maße mit Männern und Frauen besetzt werden. Ebenso ist vorgeschrieben, dass eine Ausschreibung erfolgen muss. Das steht da drin! Und wenn Sie mir sagen: Meinen Job hat man auch nicht ausgeschrieben! –, sage ich: Hätten wir das ausgeschrieben, wären Sie uns erspart geblieben.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Trotz dieser Vorgaben wurde die Besetzung des BVG-Vorstandes im Oktober – mittlerweile haben wohl alle darüber gelesen – ohne Ausschreibung vollzogen. Der gute Freund des Vorstandsvorsitzenden Sturmowski wurde auf sein Betreiben hin eingestellt. Alle waren glücklich. Niemanden hat es gestört. Das ist eine sogenannte freihändige Vergabe. Wir nennen das Vergabe nach Gutsherrenart. Es ist ein eindeutiger Rechtsbruch. Hier wurden

Anja Kofbinger

wissentlich und willentlich die §§ 5 LGG und 28 Berliner Betriebe-Gesetz sowie Artikel 19 der Berliner Verfassung gebrochen. Das ist skandalös und zeigt, dass Sie und der gesamte Senat nicht einmal gewillt sind, die gleichstellungspolitischen Mindeststandards Ihres Koalitionsvertrags zu erfüllen.

[Beifall bei den Grünen]

Das zeigt aber auch, Herr Wolf, dass Sie als Frauensenator im Senat nicht durchsetzungsfähig sind.

Wir haben schon vor Monaten gefordert, die rechtswidrige Besetzung mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen. Seitdem haben sich uns interessante Menschen angeschlossen: die SPD-Frauen, die ASF-Frauen, aber auch in der SPD die Selbstständigen, die Juristinnen und Juristen, die Bildungsexpertinnen und -experten und die Arbeitnehmer und -nehmerinnen. Die ASF-Frauen haben einen gleichlautenden Antrag dazu für den Parteitag geschrieben. Wir sind gespannt, wie das ausgeht. Es ist ein ziemlich ungewöhnlicher Vorgang. Wir sind sauer über die Unverfrorenheit, wie hier Gesetze gebrochen werden. Wir wollen nicht zurückschauen, sagte mir Herr Wolf gerade im RBB-Interview, wir wollen nach vorn schauen und noch ein Gesetz machen. – Wie viele Gesetze brauchen Sie denn noch? Sie müssen sie einhalten! Ich will, dass Ihren hehren Worten auch mal Taten folgen.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich will Frauen in den Vorständen sehen. Es sind zehn von 89. Sie regieren fast acht Jahre lang. Haben Sie das einmal ausgerechnet? Bis Sie eine paritätische Besetzung haben, lebe ich nicht mehr! Ich würde es aber gern noch erleben.

[Beifall bei den Grünen]

Hier hat sich der Berliner Männerklüngel wieder einmal auf höchster Ebene durchgesetzt. Dieses Verfahren war an Intransparenz nicht zu überbieten. Diesmal waren es Wolf und Wowerit, die Herrn Schneider für Frau Dr. Roos in den IBB-Vorstand gelotst haben. In schönster Eintracht haben sie das so beschlossen. Dass es vorher Zoff in der eigenen Fraktion gegeben hat und nicht nur mit den Frauen, das ist an ihm abgeprallt. Dass ein Fraktionsmitglied daraufhin seine Fraktion verlassen hat, ist ihm egal. Das ist männliche Arroganz der Macht in Reinform.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Meine Zeit ist zu Ende, deshalb fasse ich zusammen: So sieht die rot-rote Frauenpolitik aus – in der konkreten Praxis nämlich. Es ist peinlich, wie Sie versuchen, mit Tricks, Kungeleien und offenen Gesetzesverstößen Frauen von Spitzenpositionen fern zu halten. Sie sind kein Frauensenator, Sie sind ein Frauenverhinderungssenator. Ich würde mir wünschen, Sie gäben den Job ab.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Kofbinger! – Für die SPD-Fraktion hat nunmehr die Kollegin Neumann das Wort. – Bitte schön, Frau Neumann!

Ulrike Neumann (SPD):

Ja, Frau Kofbinger, laute Reden sind häufig nicht sinngebend, möchte ich dazu nur sagen. Große Vorschläge sind ja nun nicht gekommen.

[Beifall bei der SPD –
Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Sehr wahr! –
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD, vor allem die Frauen in der Berliner SPD und in der Fraktion, können mit einigem Selbstbewusstsein auf das bisher Erreichte in der Gleichstellungspolitik zurückblicken.

[Beifall bei der SPD –
Gelächter bei den Grünen]

Was auch immer auf dem Weg zu mehr Gleichstellung in Berlin seit 1989 erreicht wurde,

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

mit welchen Koalitionen auch immer Mehrheiten erzielt wurden – ohne die SPD hat sich nie ein Fortschritt in der Frauenpolitik ergeben.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Und so wird es auch künftig bleiben.

Wir haben 1990 das Landesgleichstellungsgesetz mit auf den Weg gebracht, wir haben den Geltungsbereich des Landesgleichstellungsgesetzes erweitert, die Grundsätze des Gesetzes gelten auch für Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berlin. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie wir in der letzten Legislaturperiode den Gleichstellungsparagrafen 28 des Betriebe-Gesetzes durchgesetzt haben.

[Zuruf von Ramona Pop (Grüne)]

Dadurch haben wir die Grundlage für die paritätische Besetzung von Geschäftsleitungen und Aufsichtsgremien in landeseigenen Betrieben geschaffen.

[Ramona Pop (Grüne): Papier ist geduldig!]

Die rot-rote Regierung hat es geschafft, dass in den Aufsichtsräten sichtlich mehr Frauen vertreten sind. Der Anteil der Frauen ist von 15 Prozent im Jahre 2004 auf 39 Prozent im Jahre 2009 gestiegen.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Man sieht, er hat sich in fünf Jahren mehr als verdoppelt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Anja Kofbinger (Grüne)]

– Ja, Frau Kofbinger, schreien Sie weiter, es ist nicht sinngebend. – Dies ist ein großer Erfolg.

Ulrike Neumann

Bei den Geschäftsleitungen sieht es leider weniger erfolgreich aus.

[Oh! von den Grünen]

Bei allen Beteiligungen des Landes Berlin sind zur Zeit nur zehn von insgesamt 89 Vorstandspositionen mit Frauen besetzt. Bei den entscheidenden großen Mehrheitsbeteiligungen haben wir nur eine Frau – das reicht uns nicht, Herr Frauensenator Wolf!

[Ach! von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)]

Präsident Walter Momper:

Frau Kollegin Neumann! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ulrike Neumann (SPD):

Nein!

Präsident Walter Momper:

Dann fahren Sie fort!

Ulrike Neumann (SPD):

Das entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers, des Parlaments, der auf eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern zielt.

[Ramona Pop (Grüne): Dann stimmen Sie doch unserem Antrag zu!]

Damit Frauen überhaupt eine Chance haben, sich zu bewerben, sind zwei Dinge wichtig. Erstens: öffentliche Ausschreibungen, zweitens: gezielte Ansprachen von Frauen bei Bewerbungsverfahren. Uns geht es nicht um parlamentarische Spielereien und auch nicht um Schaufersterreden, Frau Kofbinger.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf von den Grünen]

Uns geht es um die praktische Durchsetzung der Gleichstellung. Uns geht es auch um die Gleichstellung in den öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen Berlins, um die Gleichstellung im Hinblick auf die Führungspositionen in diesem Bereich. Dazu brauchen wir praktische parlamentarische Arbeit, Überzeugungskraft und Beharrlichkeit.

Für mich steht fest: Was wir mit den gesetzlichen Bestimmungen erreichen wollten, haben wir auch rechtlich verbindlich formuliert.

[Zurufe von Ramona Pop (Grüne) und
Volker Ratzmann (Grüne)]

Teile des Senats sehen das offensichtlich jedoch bisher anders. Das geht nach dem Motto: zwei Juristen – fünf Meinungen. Hier müssen wir Klarheit schaffen, und der richtige Ort dafür ist unser Fachausschuss. Sollte sich wider Erwarten herausstellen, dass die entsprechenden Vorschriften doch nicht so wasserdicht sind, so müssen

wir sie ändern, verbessern. Jede und jeder kann sicher sein, dass die ersten Initiativen dazu aus der SPD-Fraktion kommen werden.

[Beifall bei der SPD –
Zuruf von Michael Schäfer (Grüne)]

Nun zur IBB. Eine Ausschreibung bei der Besetzung der IBB-Vorstandsposition wäre nach den bestehenden Bestimmungen meiner Auffassung nach erforderlich, Herr Wolf. Die paritätische Besetzung des Vorstandes muss das Ziel sein. Uns geht es darum, die entsprechenden Gebote in der Berliner Verfassung, im Gleichstellungsgesetz und im Betriebe-Gesetz in die Realität umzusetzen. Das ist mit kräftigen Sprüchen allein und mit markigen Missbilligungen, meine Damen und Herren von der Opposition, nicht zu erreichen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Ramona Pop (Grüne): Wie denn sonst, Frau Neumann?]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Neumann! – Zu einer Kurzintervention hat Frau Kofbinger das Wort. – Bitte schön, Frau Kofbinger!

[Klaus-Peter von Lüdeke (FDP): Jetzt gibt es
Zickenkrieg!]

Anja Kofbinger (Grüne):

Nein, hier wird nicht geizt, hier wird diskutiert, Herr Czaja! Ich weiß, dass Sie das nicht verstehen, deswegen lassen wir das, so viel Zeit habe ich auch nicht.

[Beifall bei den Grünen, der SPD und
der Linksfraktion]

Liebe Frau Neumann! Sie haben zu diesem Thema auch nicht gerade eine überragende Präsenz im Parlament vorzuweisen – wahrscheinlich füllen alle gerade grüne Mitglieds- und Eintrittsformulare aus.

Dass Sie Ihre Erfolge immer wiederholen und hoffen, dass sie dadurch mehr werden oder mehr wirken, ist ja sehr schön. In der Tat ist es so, dass wir genug Gesetze haben; wir möchten keine weiteren Gesetze. Ihre SPD-Frauen sehen das genauso, die Juristen, die Selbstständigen und die Arbeitnehmer sagen alle, dass das nicht geht, dass diese Vorstandsbesetzung bei der BVG zurückgenommen werden muss. Wir sind ja bereits einen Schritt weiter, es gibt ja schon die nächste Besetzung mit einem Mann – bei der IBB. Es hilft alles gar nicht, wir brauchen nicht mehr Gesetze, sondern die bestehenden müssen eingehalten werden. Wenn der Regierende Bürgermeister, wenn der zuständige Fachsenator – einmal war es auch Herr Sarrazin –, wenn die das nicht einhalten, dann müssen sie eben gehen. Senatoren, die die Gesetze verletzen, sind nicht zu dulden, darum geht es!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Anja Kofbinger

Sie brauchen überhaupt keine Gesetze, hätten Sie den politischen Willen.

[Beifall bei den Grünen]

Sie sitzen in den Verwaltungsräten, Sie sind Chefs von Verwaltungsräten! Wenn Sie den politischen Willen haben, paritätisch zu besetzen, dann können Sie das machen, ohne ein einziges Gesetz zu haben, welches es aber bereits gibt, und das macht den Unterschied! Ihnen – nicht Ihnen persönlich, aber Ihrer Fraktion und auch der Fraktion der Linken – fehlt es am politischen Willen, das wirklich zu machen. Hören Sie bitte auf, Gesetze zu schreiben! Wenn das ein Hobby ist – schön. Aber bitte setzen Sie sie um, Ihren Worten müssen jetzt Taten folgen, und die nächste Tat ist die Besetzung des IBB-Vorstandes. Wenn das wieder keine Frau ist, Frau Neumann, dann weiß ich auch nicht, was Sie dann machen werden.

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kofbinger! – Frau Neumann! Möchten Sie replizieren? – Dann haben Sie das Wort!

Ulrike Neumann (SPD):

Frau Kofbinger! Am Anfang sprachen Sie davon, wie großartig und wie viele Sie sind. Herzlichen Glückwunsch! Sie bleiben so, wie Sie sind – so klein.

[Anja Kofbinger (Grüne): Aber oho!]

Ihre Missbilligungsanträge brauchen wir nicht. Wir werden es machen, denn uns geht es wirklich darum,

[Joachim Esser (Grüne): Wer ist „wir“?]

dass Frauen in Führungspositionen noch stärker beteiligt werden und dass Frauen am gesellschaftlichen Prozess teilnehmen. Wenn wir meinen, dass dazu Gesetzesänderungen sinnvoll sind, dann machen wir sie, was Sie ja wohl nicht tun.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –

Joachim Esser (Grüne): Mir ist nicht klar, wer „wir“ ist!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Neumann! – Für die Fraktion der CDU hat nunmehr Frau Görsch das Wort. – Bitte schön, Frau Görsch!

Margit Görsch (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! An Frau Neumann ein kleines Vorwort: Es wäre besser gewesen, Sie hätten aus Ihren schön gefärbten Glanzbroschüren vorgelesen, statt hier Unwahrheiten zu verbreiten.

[Zuruf von Ulrike Neumann (SPD)]

Berlins rote Männer verhindern Frauenführung in Berliner Betrieben – so müsste eigentlich die Überschrift lauten.

[Beifall bei der CDU]

Verstoß gegen geltende Gesetze, gegen die Berliner Verfassung, Negierung laut Landesgleichstellungsgesetz verlanger Förderung von Frauen,

[Unruhe]

Gesetzwidrig geschlossene Verträge mit Männer sollten nichtig sein – so könnten die Schlagzeilen der morgigen Presse lauten, die nach dieser Missbilligung zur Besetzung von Vorstandsposten der IBB nicht daran vorbeikommen wird, sich zu äußern. Mag sein, dass es die rote Presse als Spiegel einer einseitigen öffentlichen Meinung wie ein Kavaliersdelikt betrachten möchte, ein Delikt, das gewöhnlich als moralisch fast einwandfrei gilt, ein adliges Vergehen ohne Ehrverlust und ohne Unrechtsgehalt, wenn auch im konkreten Fall durch die eigenen Berliner Gesetze verboten.

Wir können es nicht hinnehmen, dass der Senat seine eigenen Gesetze angeblich nicht kennt und einfach umgeht,

[Beifall bei der CDU und den Grünen –
Beifall von Rainer-Michael Lehmann (FDP)]

mit einem Frauensenator, der sich immer mit Frauenthemmen schmückt oder dahinter versteckt, besonders wenn es um wichtige wirtschaftliche Probleme dieser Stadt geht.

[Jutta Leder (SPD): Davon haben Sie ja Ahnung!]

Doch handelt es sich hier nicht um eine Bagatelle. Es ist vielmehr ein Delikt, das aus Bequemlichkeit und Kungelei heraus begangen wurde und – wie so oft bei den Delikten der roten Kavaliere – die Allgemeinheit trifft und bei dem der Schaden durch öffentliche Mittel kompensiert werden muss. Allein das letzte Argument verdeutlicht den Unrechtsgehalt der Kungelentscheidung.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Im Falle der Rücknahme der Entscheidung kostet es den Steuerzahl sehr viel Geld. Denn lauthals für die private Wirtschaft nach weiblichen Führungskräften rufen und sie fordern und den Unternehmen vorschreiben wollen, wie sie ihre Unternehmen zu führen haben, ist einfacher, als die eigenen Gesetze einzuhalten.

Führungskräfte müssen Spitzenkräfte sein, auch in den Berliner Betrieben – ob Mann oder Frau –, und keine kurzfristig denkenden Manager, die verwalten und erhalten. Dafür konnte keine Frau gefunden werden? – Das ist doch wohl nicht glaubwürdig!

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Ich frage Sie hier und heute: Wer könnte das besser als eine Frau? – Frauen, die langfristig handeln, die erneuern und entwickeln, die darauf achten, dass die Mitarbeiter in Übereinstimmung mit dem Unternehmen und den Behörden stehen – das sind doch alles weibliche Eigenschaften! Frauen Mut zu machen, Verantwortung zu übernehmen: Das verstehe ich unter Frauenpolitik, Herr Bürgermeister und Senator!

Margit Görsch

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Frauen in Führungsposition oder Frauen on top ist ein Dauerbrenner, der nie langweilig wird und manchmal auch amüsant ist. Mehr Spitzenpositionen mit Frauen besetzen, ist eine uralte Forderung, so alt wie nahezu unerfüllt. Man braucht dazu keine Hilfen für Frauen, weil sie es allein nicht gebacken kriegen, keine Steigbügelhalter für die Frauen.

Präsident Walter Momper:

Frau Görsch! Gestatten Sie ein Zwischenfrage des Kollegen Lederer?

Margit Görsch (CDU):

Nein, danke!

Präsident Walter Momper:

Dann fahren Sie bitte fort!

Margit Görsch (CDU):

Man braucht dazu keine Steigbügelhalter für die Frauen, weil sie es aus eigener Kraft nicht auf das Pferd oder in den Sattel schaffen. Aber man braucht für Frauen faire Bedingungen und im Bereich der öffentlichen Hand einen Senat, der diese Bedingungen schafft und seine eigenen Regeln einhält.

[Beifall bei der CDU und den Grüne –
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion): Wie viele
Frauen gibt es denn im CDU-Vorstand?

Präsident Walter Momper:

Frau Kollegin Görsch! Würden Sie bitte zum Schluss kommen? – Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Margit Görsch (CDU):

Mit einem Senat wie dem unsrigen, der „Frauen fördern“ spricht und „mit Männern kungeln“ handelt, werden wir uns in der weiblichen Führungsmacht noch lange zwischen Visionen und Wirklichkeit bewegen. Frauen im Chefessel und nach Leistungen beurteilt, wird unter Rot-Rot keine Selbstverständlichkeit. Es ist nur Gerede, und schöngefärbte Berichte über Frauenpolitik trüben nicht unseren Blick.

[Beifall bei der CDU und den Grüne –
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion): Die
feministische CDU!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Görsch! – Für die Linksfraktion hat jetzt die Kollegin Baba das Wort. – Bitte schön, Frau Baba!

Evrin Baba (Linksfraktion):

Zu der CDU und Ihren Äußerungen, Frau Görsch, möchte ich jetzt nichts sagen. Ich glaube, das werden die Wählerinnen und Wähler bewerten. Die Frage ist jedoch, wie viele Frauen sitzen denn im CDU-Fraktionsvorstand?

[Beifall bei der Linksfraktion –
Zurufe von den Grünen –
Unruhe]

Bevor man andere kritisiert, sollte man erst einmal in die eigene Fraktion gucken. Hier stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit.

In den letzten Wochen und Monaten habe ich von Abgeordneten dieses Parlaments schon so manche Äußerung gehört und so manches Zitat in den Medien zu den Besetzungen der vakanten Vorstandsposten landeseigener Betriebe mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen. Ähnlich erging es mir heute bei den Vorrednerinnen der Opposition. Nicht dass ich nicht über die Handlungsweise von Herrn Sarrazin im BVG-Vorstand empört gewesen wäre oder kritisiere, dass aus Zeitgründen keine Frau für den IBB-Vorstandsposten zu finden gewesen sei,

[Zuruf von Anja Kofbinger (Grüne)]

schließlich war auch ich froh, dass mit Dr. Birgit Ross, deren Weggang ich sehr bedauere, die paritätische Besetzung des Vorstands der Investitionsbank Berlin möglich gewesen war.

Nein! Mir greifen die derzeitige Polemik insbesondere der Grünen-Fraktion und auch der Antrag der Grünen viel zu kurz. Warum fällt der Opposition gerade jetzt eine durchaus kritikwürdige, aber in den letzten Jahren nicht nur unter Rot-Rot übliche Vergabepaxis bei den Vorstandsposten auf? Sich nun hierzu in bester Wahlkampfmanier zu echauffieren, ist meines Erachtens unglaublich, liebe Grünen!

[Beifall bei der Linksfraktion]

Ich möchte mich jedenfalls heute und hier nicht damit auseinandersetzen, was die große Koalition oder die rot-grüne Übergangsregierung vor unserer Regierungsbeteiligung für die Besetzung von Spitzenpositionen mit Frauen alles getan oder besser nicht getan haben.

[Unruhe bei den Grünen]

Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass wir noch Gesetze brauchen, damit die Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen durchgesetzt und patriarchales Denken, welches ganz offensichtlich bei einigen noch vorhanden ist, überwunden werden kann.

Wir sind als rot-rote Regierungskoalition angetreten, in Vorständen und auf den Führungsebenen von Unternehmen mit Beteiligungen des Landes Berlin den Frauenanteil so zu erhöhen, dass diese geschlechterparitätisch besetzt werden.

[Ramona Pop (Grüne): Und was ist passiert? –
Gar nichts!]

Evrin Baba

Ein aktuelles Beispiel sind Vivantes und Charité. Da sind in einem halben Jahr zwei Posten mit Frauen besetzt worden.

[Anja Kofbinger (Grüne): Zu Recht!]

Das muss man auch sagen, wenn es passiert.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Das bedeutet allerdings, wir haben zwar in Berlin einen kontinuierlichen und deutlichen Anstieg bei Frauen auf Führungsebenen erreicht, aber es gibt noch immer Bereiche, wo Männer weitgehend unter sich sind. Insbesondere in den Vorständen versuchen Männer, ihre Machtposition zu behaupten und Seilschaften zu erhalten.

Wenn es mit dem Landesgleichstellungsgesetz offenbar – ich bin selbst keine Rechtsexpertin – für die Besetzung von Vorstandsposten keine eindeutige Rechtslage gibt, dann muss diese durch eine Präzisierung des Gesetzes hergestellt werden. Daran arbeiten wir auch.

[Anja Kofbinger (Grüne): Dann aber schnell!]

Ich möchte aber noch auf etwas anderes eingehen. Nicht die fehlende öffentliche Ausschreibung, an der sich der Streit entzündet, ist das Problem,

[Anja Kofbinger (Grüne): Das steht im Gesetz!]

sondern wie Frauen und deren Netzwerke erfahren, welche Spitzenpositionen zu besetzen sind, wie und ob sie überhaupt angesprochen werden. Denn öffentliche Ausschreibungen, Frau Kofbinger, garantieren nicht automatisch eine paritätische Besetzung von Vorständen oder die Chancengleichheit für Frauen.

Eines steht fest: Es gibt sie längst, die Frauen mit den erforderlichen fachlichen Qualitäten und Führungsqualitäten. Wir müssen sie nur erreichen und mehr unterstützen. Das muss politisch gewollt sein sowie sozial und rechtlich abgesichert werden. Es müssen Verfahren entwickelt werden, um die Information über vakante Stellen rechtzeitig an Frauen weiterzuleiten und ihnen durch ein genügend großes Zeitfenster Entscheidungsspielraum sowie Unterstützung zu geben. Dass die Suche nach qualifizierten weiblichen Führungskräften von den verschiedenen Senatsressorts, ihren Findungskommissionen und beauftragten Personalagenturen mit Priorität verfolgt wird, ist dabei sicherzustellen. Dabei müssen Listen, die den zuständigen Gremien zur Personalfindung zur Personalfindung vorgelegt werden, mindestens so viele Frauen wie Männer enthalten. Zum Nachweis sollte es künftig dokumentiert und ausführlich begründet werden, wenn von diesem Prinzip abgewichen wird. Allein mit Ausschreibungen wird nichts besser, Frau Kofbinger. Geschlechtergerechtigkeit ohne passgenaue, zielgerechte Frauenförderung gibt es noch lange nicht. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Baba! – Für die Fraktion der FDP hat nun der Kollege Thiel das Wort. – Bitte schön!

Volker Thiel (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Frau Neumann! Dass Sie die Erfolge der Koalition in den letzten sieben, acht Jahren darstellen, ist Ihr gutes Recht. Auch Ihnen, Frau Baba, habe ich aufmerksam zugehört. Ich frage mich aber, was Ihre interessante Rede mit dem vorliegenden Antrag der Grünen zu tun hat.

[Beifall bei der FDP und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es geht nicht darum, irgendwelche Erfolge in der Geschlechtergerechtigkeit herunterzubeten oder zu dokumentieren. Das ist nicht Gegenstand des Antrags.

[Zuruf von Uwe Doering (Linksfraktion)]

– Herr Doering! Wenn Sie zuhören, können Sie etwas lernen. Passen Sie auf!

[Uwe Doering (Linksfraktion): Von Ihnen?]

Es geht schlicht und einfach darum, dass hier vonseiten des Senats Recht nicht angewandt und sogar ignoriert oder gebrochen wird. Das ist ein bodenloser Skandal.

[Beifall bei der FDP und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Dieser Senat und der Vorgängersenk haben seit 2001 mehrfach – ich habe ein paar Sachen herausgenommen – gegen Recht verstoßen: Ihnen wurde die Verfassungswidrigkeit des Haushalts bescheinigt. Sie wurden vom VGH aufgefordert, eine Finanzplanung vorzulegen – mittlerweile haben Sie es getan. Zuletzt wurde die Zusatzvereinbarung zur Übernahme des Flughafens Tempelhof ohne haushaltsrechtliche Ermächtigung abgeschlossen. – Das waren alles Rechtsverstöße.

Was jetzt kommt, ist ein Riesenskandal: Sie setzen mit der Mehrheit des Hauses Gesetze in Kraft – das ist vollkommen in Ordnung –, und anschließend gibt es Senatsmitglieder, die diese Gesetze nicht nur nicht zur Kenntnis nehmen, sondern sie schlicht nicht anwenden. Das ist ein Rechtsskandal. Das ist Regieren nach Gutsherrenart oder von oben herab mit Hybris. Das kann sich ein demokratisches Parlament nicht leisten. Darum geht es mir hier.

[Beifall bei der FDP und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Es ist bezeichnend, dass wir als Legislative Sie als Exekutive darauf hinweisen müssen, dass Sie die Gesetze gegenwärtig, aber vor allen Dingen auch zukünftig einhalten sollen, die Sie uns hier selbst vorgelegt und mit Ihrer Mehrheit verabschiedet haben. Dass so etwas in einem deutschen Parlament nötig ist, habe ich mir nie vorstellen können. Ich dachte immer, jeder einzelne von uns bemüht sich, nach Recht und Gesetz vorzugehen. Das, was Sie dokumentieren, ist ungesetzliches Handeln. Ich habe den

Volker Thiel

Eindruck, dass das nicht einfach so geschieht, wie man mal sein Auto eine Stunde zu lange irgendwo parkt, sondern mit blankem Vorsatz. Das ist ein Skandal.

[Beifall bei der FDP und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das ist auch ein Skandal für diejenigen, die davon betroffen sind. Wenn im Ursprungsantrag und auch in der Diskussion manchmal gesagt wird, man sollte überlegen, die bestehenden Verträge in einer sauberen Form juristisch aufzuheben, dann will ich nur daran erinnern: Die Personen, die davon unmittelbar betroffen sind, nehmen unmittelbar Schaden, denn sie haben sich darauf verlassen, dass das, was vonseiten des Senats gemacht wird, nach recht und Ordnung geschieht und nicht nach Gutsherrenart oder Willfähigkeit. Der Schaden liegt einerseits in dem Selbstverständnis, das wir haben, und andererseits werden die Betroffenen durch die Presse gezogen, was nicht gerade förderlich ist.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Noch eine Anmerkung zu der immer wieder geforderten und im Gesetz festgeschriebenen Ausschreibung: Ich bin nicht überzeugt davon – da stimme ich Ihnen zu, Frau Baba –, dass alleine eine Ausschreibung mehr Gerechtigkeit bringt. Sie bietet vielleicht die Möglichkeit, dass sich mehr Menschen daran beteiligen. Das wäre positiv. Womit ich ein Problem habe, ist, dass wir gezwungen sind auszuschreiben. Stellen Sie sich mal vor, es würde so etwas auf Bundesebene geben: Herr Mehdorn wurde in die Wüste geschickt; die Stelle ist frei; sie muss besetzt werden. Dann kommt ein Herr Grube auf die Idee und schreibt: „Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,“ oder: „Sehr geehrter Herr Tiefensee, hiermit bewerbe ich mich um die Stelle eines Vorstandsvorsitzenden.“ So kann das Märchen weitergehen. – Wenn das so ist, Herr Doering, können wir beide uns auch bewerben.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ist die Stelle
ausgeschrieben worden?]

Wir hätten wahrscheinlich beide keine Chance.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Warum nicht?]

Es geht darum, dass eine Ausschreibung möglich sein muss, aber nicht vorgeschrieben wird. Wenn sie möglich ist, sollte man kritisch prüfen, ob es sinnvoll ist, sie anzuwenden. Was hier geschehen ist, hat nichts mehr mit rechtsstaatlichem Handeln zu tun, und deswegen missbilligen wir es. Wir bitten Sie, unserem Änderungsantrag beizutreten. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Florian Graf (CDU)
und Anja Kofbinger (Grüne)]

Präsident Walter Momper:

Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wünscht die sofortige Abstimmung. Es

gibt jedoch den Antrag der Fraktion der SPD auf Überweisung der Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen, worüber ich abstimmen lasse. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die beiden Regierungsfractionen. Die Gegenprobe! – Das sind die drei Oppositionsfractionen. Enthaltungen sehe ich nicht. Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag überwiesen. Die Überweisung gilt selbstverständlich auch für den Änderungsantrag der Fraktion der FDP.

Jetzt rufe ich auf

lfd. Nr. 4 b:

Antrag

**Statt Verhöhnung eine echte Perspektive für
den öffentlichen Dienst in Berlin!**

Antrag der FDP Drs 16/2331

Das ist die Priorität der Fraktion der FDP unter dem Tagesordnungspunkt 28. Für die Beratung steht den Fraktionen jeweils eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die antragstellende Fraktion der FDP in Person von Herrn Jotzo. Ich bitte aber zuvor um etwas mehr Ruhe. Diejenigen, die reden möchten, bitte ich, den Saal zu verlassen. Wenn eine solche Unruhe herrscht, ist das eine Zumutung für den Redner und alle, die ihm zuhören wollen. – Herr Jotzo, ergreifen Sie das Wort!

Björn Jotzo (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Zumutung für den Redner – und nicht nur für ihn, sondern auch für alle Beamtinnen, Beamten und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – ist nicht nur Unruhe im Saal, sondern auch, wenn der Regierende Bürgermeister bei einem solchen Thema demonstrativ das Plenum verlässt. Das ist eine Zumutung.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Das ist auch symptomatisch für das Verhalten dieses Regierenden Bürgermeisters und dieses Senats im Umgang mit den Beamtinnen und Beamten und den gesamten Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Land Berlin.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Wenn ein Regierender Bürgermeister während einer 200-Jahrfeier der Berliner Polizei auf die Bitte der Polizeiführung, über eine Anpassung der Bezüge nachzudenken, in seiner Rede erwidert, es könne sich vielleicht in den nächsten 200 Jahren etwas beim Gehalt tun, dann wäre das unter normalen Umständen vielleicht eine flapsige Bemerkung – womit sich Herr Wowereit nachher entschuldigt hat.

Das wäre unter normalen Umständen vielleicht eine flapsige Bemerkung, die man einem Regierenden Bürgermeister auch als Beamter mal durchgehen lassen kann, wenn man weiß, dass es lustig gemeint ist. Aber in der Situation, in der sich die Beamtinnen und Beamten und